

## **Warum sind die Sondierungsgespräche zwischen den Parteien**

### **Die Linke, SPD und Bündnis 90 / Die Grünen gescheitert?**

### **oder: Wie ernst hat die SPD die Sondierung tatsächlich genommen?**

### **Eine Auswertung aus Sicht der Linken**

#### **Teil I:**

#### **Die entscheidende Sondierungsrunde am 30.9. und ihre unterschiedlichen Auslegungen:**

Die Tage nach dem letzten Sondierungsgespräch und dem Beschluss des SPD-Landesvorstandes zugunsten einer CDU-SPD-Landesregierung haben gezeigt, dass es in entscheidenden Punkten widersprüchliche Darstellungen des Verlaufs und der Ergebnisse der gemeinsamen Sondierungsrunden bei SPD einerseits und Bündnis 90 / Die Grünen sowie Die Linke andererseits gibt. Dabei geht es im Wesentlichen um folgende drei Behauptungen:

1. Der Linken wird in den Erklärungen der SPD, warum Sie eine Koalition mit der CDU anstrebt unterstellt, sie hätte keinen Ministerpräsidenten / keine Ministerpräsidentin der SPD wählen wollen.
2. Über die Grünen wird seitens der SPD-Verhandlungsführung behauptet, sie seien zögerlich und hätten sich noch nicht für eine gemeinsame Regierung von Linken, SPD und Grünen entscheiden können.
3. In der Öffentlichkeit wird von der SPD immer wieder betont, die inhaltlichen Verhandlungen hätten sich als schwierig dargestellt und es habe zentrale Dissense gegeben, die nicht hätten überwunden werden können.

#### Dazu ist folgendes festzustellen:

1. Die Behauptung, man hätte in der MP-Frage keine Einigung herbeiführen können und Die Linke hätte keinen Ministerpräsidenten der SPD mitgetragen, ist schlicht falsch. Die Linke hat klar gemacht, dass sie sich durchaus die Wahl eines Ministerpräsidenten/einer Ministerpräsidentin mit dem Parteibuch der SPD vorstellen könne.
2. Der Landesvorstand der Grünen hat am Abend des letzten Sondierungsgesprächs am 30.9. einen Beschluss zur Aufnahme von Koalitionsverhandlungen gefasst und diesen noch vor 22 Uhr an die Sondierungsgruppen von SPD und Linken geschickt. (mail-Eingang um 21.54 Uhr mit telefonischer Vorankündigung)
3. Es gibt eine lange Liste mit Konsensen sowie Vorschlägen, wie über die noch unterschiedlichen Ziele in einem gemeinsamen Prozess Einvernehmen erreicht werden könne.

Entgegen den öffentlichen Äußerungen von Christoph Matschie hat sich ausweislich des protokollierten und dokumentierten Gesprächsverlaufs in puncto MP-Kandidat beim letzten und angeblich so entscheidenden Sondierungsgespräch Folgendes abgespielt:

Die SPD forderte, dass eine gemeinsame Regierung nur „unter Führung der SPD“ arbeiten könne und dass Linke und Grüne dem Prinzip „die SPD schlägt einen MP vor“ zustimmen müssten.

Die Linke verwies in den Gesprächen expressis verbis darauf, wie weit sie den anderen Parteien schon entgegen gekommen sei, indem sie es als deutlich stärkste Partei ermögliche, dass auch ein MP ohne das Parteibuch der Linken gewählt werden könne und indem sie sich beim Thema Vergangenheit auf SPD und Grüne zu bewegt habe.

Die Delegation der Linken hatte von ihrem Landesvorstand das Mandat, auch über Personal reden zu können. Dieser hatte den Beschluss gefasst:

„Auf der Grundlage der Verabredung von Linderbach (21.09., G.O.), eine Regierung auf gemeinsamer Augenhöhe zu bilden, hat Die Linke keine Vorbedingungen hinsichtlich der Person des Ministerpräsidenten / der Ministerpräsidentin. Es gibt kein Ausschlusskriterium in Sachen Parteibuch! Die Linke kann sich vorstellen, eine Person mit SPD-Parteibuch zu wählen, wenn sich alle drei Parteien gemeinsam auf eine solche Person verständigt haben.“

Anstatt zu akzeptieren, dass sich Die Linke bei Strafe eines parteiinternen Konfliktes nicht auf die absolutistisch formulierte Forderung der SPD einlassen könne, sie jedoch die Tür für einen Ministerpräsidenten der SPD weit geöffnet hatte, weigerte sich die Delegation der Sozialdemokraten durch diese Tür hindurch zu gehen.

Ähnliches gilt für die Grünen. Sie lehnten das von der SPD eingeforderte Dominanzprinzip ebenfalls ab und verlangten von der SPD, eine konkrete Person als Ministerpräsidenten vorzuschlagen, so dass gemeinsam über diese Person entschieden werden könne. Auch die Grünen wollten weder >die Katze im Sack< kaufen noch sich damit vertrösten lassen, dass „die Befindlichkeiten der beiden Parteien bei der Wahl eines Kandidaten schon berücksichtigt werde“, Zitat Christoph Matschie.

Sowohl die gemeinsame Suche nach einer geeigneten Person sowie die Benennung eines konkreten Namens wurden von der SPD verweigert.

Linke und Grüne konstatierten, dass eine gemeinsame Regierung auf gleicher Augenhöhe nicht funktionieren könne, wenn eine Partei für sich den Führungsanspruch erhebe und die anderen von einer solch grundsätzlichen Entscheidung ausgeschlossen seien. Statt auf die sehr weitgehenden und konsensorientierten Vorschläge der Partner einzugehen, wiederholte die SPD-Verhandlungsführung gebetsmühlenartig immer wieder den einen Satz:

**„Seid Ihr bereit, jetzt zu unterschreiben, dass Ihr einen SPD-MP wählt, den wir aussuchen und damit den Führungsanspruch der SPD in einer gemeinsamen Regierung zu akzeptieren?“**

Diese – und einzig und allein diese – knebelnde und ultimative Forderung zur sofortigen Festlegung, die z.B. jede weitere parteiinterne Konsensbildung unmöglich gemacht hätte, wurde von Linken und Grünen abgelehnt. Beide betonten stattdessen ihr Interesse und ihre Bereitschaft, sich in den kommenden Tagen auf eine gemeinsame Person für das MP-Amt zu einigen. Hätte sich die 18,5 %-SPD darauf eingelassen, zusammen mit Linken und Grünen in den darauf folgenden Tagen einen geeigneten Kandidaten zu finden, hätte es eine sehr große Chance gegeben, dass dieser ein SPD-Parteibuch gehabt hätte. Für die Linke war zu diesem Zeitpunkt entscheidend, keine Möglichkeit auszuschließen. Allerdings war auch klar, dass man sich nicht unter dieses Diktat der SPD begeben könne.

Die SPD stellte zum Schluss fest, dass die Weigerung von Linken und Grünen, den Führungsanspruch der SPD (drittstärkste Kraft, 18,5% der Wählerstimmen) grundsätzlich anzuerkennen und die Forderung nach dem MP-Posten für die SPD zu diesem Zeitpunkt zu unterschreiben, eine Nicht-Einigung in der MP-Frage gleich komme.